

# Beißeritz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. J.

Nelleste Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 25 M. ohne Zeitung. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeinderats-Girokonto Nr. 3. — Postkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die Inserationsgebühren w. außerhalb der Stadt 100 M. im inneren Teil (aus von Behörden) die Seite 200 Pf. — Ganzseitig und Beilagen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 64

Donnerstag den 16. März 1922

88. Jahrgang

### Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Eine echte Weihstunde, so recht geschaffen für den Vorabend des Bußtages, bot der letzte Vortrag des Herrn Professor Pellegrini in diesem Kursus, in dem er seine Zuhörer in das Bühnenfestspiel "Parzival" einführte. Dieses Festspiel, nach dem gleichnamigen Epos von Wolfram v. Eschenbach von Wagner feierlich und musikalisch bearbeitet, bildet ein Mittelding zwischen Oper und Oratorium. Schon bei seinem Aufenthalt in Zürich in den 50er Jahren sah Wagner den Plan zu diesem Werk. 1882 ward es vollendet und in Bayreuth aufgeführt. Mit ihm hat der gereifte Wagner künstlerisch seinen Höhepunkt erreicht. Zunächst charakterisierte Herr Pellegrini die im Parzival auftretenden Gestalten, und während der Erzählung des Vorganges schlug er auf dem Klavier die den aufstrebenden Personen aufgeprägten Motive an, aus denen auch Anklänge an verstandene Szenen aus Lohengrin und Tannhäuser zu hören waren. Tief ergriffen verließ die Hörerschaft den Schulraum, aber erfreut von der Zusicherung des Herrn Professor Pellegrini, am 2. Mai unter Mitwirkung des Herrn Wohlhab (Cello), des Fräulein Doris Walde (Sopran) und des Herrn Kantor Herkloß (Klavier) hier ein Konzert und vom 9. Mai weitere Vorträge über Wagners Opern bieten zu wollen. Wie in den letzten Abenden sich die Zahl der Besucherständig vermehrt hatte, glauben wir zuversichtlich, daß auch die nächsten Vorträge sich einer zahlreichen Hörerschaft erfreuen werden.

— Die nächste Mutterberatungsstunde des Wohlfahrtsverbandes Dippoldiswalde-Stadt und Umgebung findet am Donnerstag den 16. März 1922 nachmittags 2 Uhr im Diakonat statt.

Dippoldiswalde. Da am Donnerstag die Wohltätigkeitsaufführung stattfindet, werden die Stern-Lichtspiele diese Woche bereits heute Mittwoch geöffnet sein. Vorgeführt wird ein großes Drama "Die treibende Kraft", in dem Fern Andra die Hauptrolle spielt. Dazu kommt wieder ein wertvolles Beiprogramm.

In Berlin soll demnächst die Frage der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Brennstoffe erörtert werden. Der Rat der Ortskohlenstelle Dippoldiswalde hat deshalb in seiner letzten Sitzung zu dieser Frage ebenfalls Stellung genommen und sich mit Rücksicht auf den derzeitigen ungünstigen Stand der Kohlenversorgung dahin ausgesprochen, daß zurzeit eine Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Brennstoffe nicht zu empfehlen sei. Maßgebend für dieses Gutachten war namentlich der Umstand, daß im laufenden Heizungswirtschaftsjahre weniger Kohlen und Bitkrete eingespannt sind als im Bewirtschaftungsjahre 1920/21. Die neuen Kohlenpreise wurden wie folgt festgesetzt: I. Zentner Burgker oder Zwickauer Steinkohle (Würfel I oder II) 60 M., I. Zentner Bitkoks 40 M. Die Preise gelten ab Lager. Bei Verkauf unmittelbar ab Bahn ermäßigt sie sich um 1 M.

— Was heute Gebrauchspferde kosten! Einen interessanten Beitrag zu der Frage, was heute Gebrauchspferde kosten, lieferete die lehre Auktion von 40 Pferden der Schupo in der ehemaligen Trainkaserne in Magdeburg. Die höchste Summe, 28 400 M., wurde für einen 14-jährigen Brauner, der mit 11 000 M. taxiert war, gezahlt. Den Preis eines zweiten trieb man von 9000 M. auf 23 100 M. Im Durchschnitt handelte man die Pferde für 15 000 M. ein, wovon ungefähr 7000 M. dem lebhaften Bieten in Anrechnung zu bringen sind. Ein verhältnismäßig guter Gaul war mit 4000 Mark Tagwert angegeben. Man trieb aber den Preis auch auf nahezu 10 000 M.

Schmiedeberg. In der letzten Schulausschusssitzung gab der Vorsitzende den schulärzlichen Jahresbericht bekannt, nach dem das Resultat der Untersuchungen leidlich befriedigt, wenn auch "gut" nur einer kleinen Zahl zugeschrieben werden kann. Als Handarbeitslehrerin wird die einzige Bewerberin, Frl. Frieda Uhle aus Magdeburg, gewählt. Der Entwurf zu einer neuen Ortschulordnung wird befürwortet. Endlich wird noch beschlossen, den Turnvereinen das Pflichtturnen der Fortbildungsschüler wieder abzunehmen. Diese Turnstunden werden von Ostern ab von der Lehrerschaft erteilt werden. Kosten für die Gemeinde entstehen dadurch nicht.

Altendorf. Der privat. Schießbedarfsmeister Heinrich Conrad beging mit seiner Gattin am vergangenen Sonntag das Fest der goldenen Hochzeit in guter Gesundheit und Altlustigkeit.

Lauenstein. Vor letzter Zeit haben sich eine große Anzahl Handels- und Gewerbetreibender im hiesigen Orte zusammengeschlossen, um ihre Interessen nach allen Seiten hin zu wahren und zu vertreten. Um dies zu erreichen, gründete man einen Gewerbeverein.

Lauenstein. Dem Bismarcktfänger Stephan, hier, gelang es am Montag, ein ausgewachsenes weibliches Tier der gefährlichen Rasse im benachbarten Bärensteiner Fischteich zu erlegen. Möchte jeder ein wachsames Auge auf die schädlichen Fischräuber haben und gegebenenfalls Herrn Stephan von dem Vorhandensein Nachricht geben.

Hermisdorf i. E. Die Neuwahl des Kirchenvorstandes findet hier nächsten Sonntag statt. Bisher gehörten ihm an aus Hermisdorf Gemeindevorstand Louis Börner, Privatmann Bruno Martini, der Oberschulthei Otto Tröger, Ernst Claußnitzer, Hermann Claußnitzer, Oswald Hofmann und Hermann Ahnelt, aus Seide Gemeindevorstand Friedrich Wagner und Fabrikbesitzer Paul Nitsche, aus Rehfeld-Zaunhaus Gemeindevorstand Hermann Heckloß und Privatmann Theodor Streller. Sämtliche ausscheidende Herren sind wieder wählbar.

Frauenstein. Wie der "Frauensteiner Anzeiger" erfährt, besteht bei der staatlichen Kraftwagenverwaltung die Absicht, die Autoverbindung von Dippoldiswalde nach Frauenstein-Bienenmühle nur als Sommerlinie zu behandeln und deshalb die Wagen erst ab 1. April 1922 wieder verkehren zu lassen. Diese Nachricht ist sieb bedauerlich, denn gerade jetzt wäre die Inanspruchnahme des Autos sicher von selten der hiesigen Bevölkerung reger als später, wenn die Feldbestellungsarbeiten im vollen Gange sind. Dasselbe ist im Herbst der Fall; wenn die Ernte eingefahren ist, die letzten Arbeiten auf den Fluren geleistet sind, dann hat unsere Bevölkerung wieder Zeit, dann wird aber das Auto seine Fahrten eingestellt haben. Man fragt sich wirklich, nach welchen Grundsätzen eigentlich die staatliche Kraftwagenverwaltung die Rentabilität ihrer Linie berechnet.

Rechenberg-Bienenmühle. Am Mittwoch voriger Woche wurden drei Schmuggler aus der Slowakei im Zuge von Bienenmühle nach Moldau von Oberzollsekretär Uhlig hier beobachtet. Plötzlich sprangen die Verbrecher in voller Fahrt kurz vor Bahnhof Holzhau ab, Oberzollsekretär Uhlig sprang ihnen kurz entschlossen nach und beschädigte sich dabei nicht unerheblich am Knie. Infolgedessen konnten zwei der Schmuggler entkommen, während Uhlig im lebensgefährlichen Zweikampf mit dem dritten rang. Es gelang ihm, ihn zu überwältigen und festzunehmen.

Hainsberg. Unser stills Kirchlein ist dieser Tage von einer Diebesbande heimgesucht worden. Als am Sonntag vormittag der Kirchner die kirchlichen Geräte in Vereinschaft stellen wollte, bemerkte er, daß der Raum vollständig ausgeraubt war. Die Gegenstände waren in der Sakristei in einem in die Wand eingemauerten Schrank untergebracht, der außer einer Holztür noch mit einer starken eisernen Tür versehen ist. Die Diebe haben mit einer Feile die eisernen Bänder abgelegt und das Schloß ausgeschmolzen. Es fehlen sämtliche Abendmahl- und Taufgeräte. Darunter befindet sich ein goldener Kelch aus dem 13. Jahrhundert, der höchsten Kunstschatz besitzt und von der Kirchengemeinde Somsdorf dem seinerzeit ausgepflanzt Hainsberg zum Geschenk gemacht worden war. Es wird angenommen, daß die Tat schon ein bis zwei Tage zurückliegt.

Welschau. Der Gemeinderat beschäftigte sich mit dem Religionsunterricht in der Schule und lehnte ihn schließlich gegen eine Stimme ab.

Dresden. Der Sächsische Landtag wird aller Voraussicht nach am 6. April in die Osterferien gehen. Der Landtag wird auch weiterhin alljährlich bis zu diesem Zeitpunkt nur eine Vollziehung abhalten, um die Erarbeitungen zum Abschluß zu bringen. Die erste Sitzung nach den Osterferien wird am 20. April stattfinden.

Landesbischof und Landessynode. Wie der Evangelisch-Landespreisverband für Sachsen von authentischer Seite erfahren, ist zurzeit die Frage, wer der künftige Landesbischof von Sachsen werden wird, noch völlig ungeklärt. Solange die neue, soeben von der Landessynode aufgestellte Verfassung der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen noch nicht in Kraft getreten ist, kann es überhaupt noch keinen Landesbischof geben. Die Frage, wann die neue Verfassung in Kraft treten wird, hängt von der Erledigung der weiteren Gesetzgebung zur Ein- und Durchführung der Verfassung, sowie von finanziellen Auseinandersetzungen mit dem Staat ab. Die nächste größere Tagung der evangelisch-lutherischen Landessynode wird voraussichtlich erst im Herbst, etwa Oktober oder November, stattfinden.

Pillnitz erhebt für das erste Kalenderjahr 1922 noch einen Gemeindegrundsteuertermin, und zwar 50 Pf. pro Einheit, später 10% Zuschlag zur Landesgrundsteuer (der Nachtrag zur Steuerordnung sieht ein solches bis zu 25% vor).

Pirna. Sein 20-jähriges Bestehen beging am Sonnabend und Sonntag mit verschiedenen Veranstaltungen der Sam-

tierverein Pirna, der hierbei auf eine segensvolle Tätigkeit zurückblicken kann. Seit dem 1. Februar d. J. ist das Krankenförderungs- und Rettungswesen in städtische Verwaltung übergegangen, wobei der Samariterverein sein Inventar und seine Transportmittel unentgeltlich der Stadt abliegt. Seit seinem Bestehen hat der Verein sicher 3000 Transporte ausgeführt, wobei ihm jetzt ein zeitgemäß ausgestattetes Krankenauto zur Verfügung steht. Das Personal des Vereins hat des öfteren Beweise seiner ausgezeichneten Schulung ablegen können.

Cospud erhebt an Steuer für Zug- und Kettenhunde 80 M. für Zugshunde 120 M. für den ersten, 200 M. für den zweiten Hund. Die Kahnsteuer ist auf 10 M. für landwirtschaftliche Betriebe auf 5 M. festgesetzt. — Die Thüringer Gasgesellschaft zahlt jetzt für jeden verbrauchten Kubikmeter Gas 1%, Pf. an die Gemeinde, der Gemeinderat will aber jetzt 1 1/2% der Einnahme haben.

Leipzig. Die Leipziger Handelskammer hat sich gegen die angeregte Ausgabe von 5000- und 10 000-M.-Scheinen ausgesprochen, weil dadurch die Mark noch mehr entwertet und die gesetzwidrige Verschleppung von Warenmengen ins Ausland erleichtert und schließlich auch die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gefährdet würde.

Herzogswalde gründete eine Freiwillige Feuerwehr.

Meerane. Für Landwirte ist folgendes Urteil beachtlich: Der Oberschulthei Ahnert im benachbarten Dennewitz hatte, angeblich um sich nicht die Maul- und Klauenseuche einschleppen zu lassen, zwei Milchreviere den Zutritt zum Stall verweigert. Ahnert wurde vom Schöffengericht freigesprochen, von der Berufungsinstanz aber wegen Vergehens gegen die Verordnung zur Regelung der Milchwirtschaftung zu 3000 M. Geldstrafe verurteilt. Jetzt hat das Oberlandesgericht die gegen das legitime Urteil eingelegte Revision kostenpflichtig verworfen.

### Steuern in Deutschland und Frankreich

Deutschland will nicht zahlen, es fördert den Markt, treibt mit Absicht zum Bankrott, kauft, will sich all seinen Verpflichtungen aus den Friedensverträgen entziehen. Das ist das ständige Ziel, das gegen uns in allen Tonarten und Variationen gesungen wird. Beweise — wo? Oberflächliche Aufnahmen, mit ein paar Zahlen drapiert. So bei der Behauptung, der französische Steuerzahler sei schwächer herangezogen als der deutsche. Diese Lüge wird von Staatsmännern, Kammer und Presse immer wieder über die Grenze gebläst, um in der Welt einen süßen Wind gegen Deutschland zu verbreiten. Die deutsche Presse muß dagegen blasen. Denn hier geht es um den Kernpunkt der Reparationen, um die deutsche Leistungsfähigkeit.

Wie steht's in Wirklichkeit mit der deutschen Steuerbelastung? Eine Feststellung zuerst. Die Sachverständigen der alliierten Mächte auf der Brüsseler Konferenz 1920 (!) erklärten, daß bereits die damaligen Tarife der direkten Steuern das Höchstmah erreicht hätten. Sie waren sogar der Meinung, daß später im fisikalischen und wirtschaftlichen Interesse eine Erhöhung gewisser direkter Steuern zu erwarten sei. Die deutsche Regierung aber hat an einem weiteren starken Ausbau des gesamten Steuersystems gearbeitet. Trotzdem die steigende Geldentwertung an sich schon stärker auf die Lebenshaltung des Einzelnen wirkte als neue Steuern. Und heute? Ein unverheirateter Steuerpflichtiger muß in Deutschland bei einem Einkommen von 30 000 Mark 7,4 Prozent an Einkommensteuer zahlen. Ein Einkommen von gleicher innerer Kaufkraft ist dagegen in England und Frankreich steuerfrei. Bei einem Einkommen von 50 000 Mark sind in Deutschland 8,4, in England 4,5 und in Frankreich nur 2,75 Prozent, bei einem Einkommen von 100 000 Mark in Deutschland 15,5, in England 10,5 in Frankreich gar nur 5,5 Prozent des Einkommens zu zahlen. Diese wenigen Ziffern reden eine so eindringliche Sprache, daß sie eines Kommentars nicht bedürfen. Die Belastung des Unternehmensgewinns zeigt das gleiche Bild.

Und dann die Besitzsteuern. Sie werden, nach den neuen Gesetzen, eine so schwere Belastung des Vermögens darstellen, wie sie in keinem Land der Welt auch nur annähernd erreicht werden. Die französischen Blätter haben den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß einzelne Verbrauchssteuern in den ehemaligen Heimstaaten höher sind als bei uns, als ob die sogenannten direkten Steuern, z. B. die Einkommensteuer, nicht letzten Endes die Person des Verbrauchers treffen würden. Dabei übersieht die alliierten Beobachter das Entscheidende. In den alliierten Ländern mag der Ertrag von Verbrauchssteuern

pro Kopf der Bevölkerung größer sein als bei uns. Aber doch hauptsächlich deshalb, weil der auf den einzelnen entfallende Verbrauch in dem verarmten Deutschland bedeutend geringer ist als in den Ländern mit günstigeren Wirtschaftsverhältnissen. Die steuerliche Belastung in einem Lande kann nur dann wirklich festgestellt werden, wenn man zweifelsfrei feststellt, welches Einkommen der einzelne im Durchschnitt bezahlt und was ihm nach Abzug der Steuern zum Leben verbleibt. Dabei aber ergibt sich bei der Berücksichtigung der inneren Kaufkraft des Geldes, daß dem Franken nach den Zahlen des Währerbundes fast das Vierfache, nach den Zahlen französischer Sachverständiger immerhin mehr als das Doppelte dessen zu Pachten verbleibt, was der Deutsche schließlich noch übrig hat.

Es scheint, daß man in Frankreich immer noch die Meinung ist: was man immer wieder sagt, wird möglichlich laufen. Also machen wir es gerade so

## Der Termin für Genua.

Es bleibt beim 10. April.

Nach römischen Zeitungsmeldungen ist auf Grund ausdrücklicher Mitteilungen der beteiligten Regierungen die Genueser Wirtschaftskonferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden. Danach hat also die Begeisterung der amerikanischen Regierung, an der Genueser Konferenz teilzunehmen, an keiner Wendung der Konferenz geführt. Die mit der technischen Vorbereitung der Konferenz beauftragten alliierten Sachverständigen werden am 20. März in London zusammenkommen.

Die Außenminister der baltischen Staaten sind unter dem Vorsitz des polnischen Außenministers Skirmunt in Warschau zu einer Vorkonferenz für Genua zusammengetreten. Die Minister der kleinen Entente haben eine ähnliche Versammlung bereits vor einigen Tagen in Belgrad abgehalten.

**Sicht Polnisch nach Genua?**

Nach der "Chicago Tribune" soll Polnisch, nachdem die amerikanische Regierung sich geweigert hat, nach Genua zu gehen, entschlossen sein, nicht persönlich nach Genua zu gehen, sondern nur Delegierte zu schicken. Polnischs Aussicht gehe dahin, daß größere Ergebnisse aus der wirtschaftlichen und finanziellen Seite nicht zu erzielen seien, wenn der Hauptfaktor für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in der Industrie und im Handel, d. h. die Vereinigten Staaten von Amerika, nicht an der Konferenz teilnehme.

**Banderly als Vertreter Amerikas.**

Nach einer Meldung des Londoner "Daily Telegraph" wird der bekannte amerikanische Finanzmann Frank Banderly als inoffizieller Vertreter Amerikas an der Konferenz von Genua teilnehmen. Banderly ist der Bater des Gedankens, mit amerikanischem Gold eine Bundesbank der europäischen Staaten zu errichten, die zur Ausgabe von Goldnoten zur Wiederherstellung des europäischen Kredits und Währungssystems berechtigt sein soll.

## Der südafrikanische Aufstand.

vor dem Zusammenbruch.

Der Aufstand in der Kapkolonie ist von der südafrikanischen Regierung blutig unterdrückt worden. Die Regierungstruppen haben unter Führung des ehemaligen Burengenerals und jetzigen Ministerpräsidenten Smuts den Widerstand der streitenden Bergarbeiter nach hartem Kampf gebrochen und die Stadt Johannesburg, die mehrere Tage von den Arbeitern belagert wurde, von den Aufständischen besetzt. Die rasche Wiederherstellung der Ordnung war möglich durch den zielstrengen Einsatz aller modernen Kampfmittel. Wo Polizeiposten von den Streitenden umzingelt waren, erschienen Militärflugzeuge und warfen Bomben auf die Streitenden. Sobald dann die Streitenden in Unordnung gerieten, griffen die Polizeitruppen mit Maschinengewehren an. Durch diese Kampfweise ist es General Smuts in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, Johannesburg wieder zu besetzen. Etwa 2200 Streitende fielen in die Hand der Regierungstruppen. Die Streitenden sollen durch die Bombenwurfe und das Artilleriefeuer der Truppen schwere Verluste erlitten haben.

Die gewaltsame Unterdrückung des Aufstands bildet den Abschluß eines wochenlangen Wirtschaftskampfes. Schon Ende vorigen Jahres spiegelte sich die Lage in Südafrika zu einem heftigen Konflikt zwischen den Bergarbeitern und den Unternehmern zu. Ebenso wie in England versuchten die Unternehmer, die Wöhne in der Industrie abzubauen. Die Arbeiter in den Kohlenbergwerken traten nach Neujahr in den Streik, ihnen schlossen sich bald darauf die Arbeiter in den Goldminen an. Seit dieser Zeit liegt die Arbeit in den Bergwerken völlig daneben. Die bisher erfolglosen Verhandlungen blieben ergebnislos, und durch den andauernden Grubenarbeiterstreik wurde schließlich fast die gesamte Industrie zum Stillstand verurteilt.

Beschäftigt wurde der wirtschaftliche Kampf noch dadurch, daß die Unternehmer die Zahl der farbigen Arbeiter, die durch Arbeitsvertrag genau festgesetzt ist, erhöhen wollten, um dadurch billigere Arbeitskräfte zu erhalten. Bei Ausbruch des Generalstreiks einigten sich die Regierung und die Arbeiterschaft darauf, daß wenigstens die Notstandsbauarbeiten verrichtet werden sollten. In den letzten Tagen ist eine Verschärfung der Krise eingetreten, die zu den blutigen Kämpfen geführt hat, in denen die besser bewaffneten Regierungstruppen infolge ihres rücksichtslosen Vorgehens faktisch Sieger geblieben sind. Die letzten Ursachen der Aufstandsbewegung, die in der allgemeinen Weltwirtschaftskrise begründet sind, werden die Engländer allerdings nicht befehligen können. Ebenso wie im Winterland werden auch in der Kapkolonie die Unternehmer durch die Exportstörungen dazu gedrängt, die Wöhne herabzuziehen und sich nach billigeren Arbeitskräften umzusehen, und solange nicht die wohlsinnige Nachkriegspolitik der Entente, die alle diese wirtschaftlichen Wirren heraufbeschworen hat, aufgegeben wird, kommt auch das britische Weltreich nicht zur Ruhe.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 15. März 1922.

— Die „Oberschlesische Grenzzeitung“ ist von der Interalliierten Kommission auf zehn Tage verboten worden.

— Die Waldecks-Pyrmonter Landesvertretung beschloß Ihre Auflösung. Waldecks-Pyrmonter wird bekanntlich mit Preußen vereinigt.

— **Die Rückgabe Deutsch-Oberschlesiens.** Der Gesandte Dr. Paul von Ehardt ist von der Reichsregierung und von der preußischen Regierung beauftragt worden, die in Kürze bevorstehenden Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission wegen der Übergabe des Deutschlands verbleibenden Teiles von Oberschlesien zu führen. — Bei den Verhandlungen wird auch die Frage der Rückführung und Entschädigung der von den Polen während der Aufstände aus Oberschlesien über die polnische Grenze verschleppten Deutschen zu klären sein. Die Zahl der sich noch in Polen befindlichen Verschleppten steht nicht genau fest. Eine vorhandene Liste weist aber 40 Namen von Deutschen auf, die zum größten Teil in den polnischen Staatsgefängnissen Bendzin, Sosnowice, Warschau, Krakau und Lemberg sitzen, weil sie nach ihrer Verschleppung ohne ordentliches Gerichtsverfahren zu sehr hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Einige aus der Gefangenschaft zurückgekehrte berichten von unerhörten Misshandlungen, denen sie ausgesetzt waren. Sie wurden nicht nur ihrer Wertsachen, sondern oft auch ihrer Kleidungsstücke beraubt. Durch die Misshandlungen haben sie schweren gesundheitlichen Schaden erlitten. Sie machen daher jetzt an die Warschauer Regierung Schadensersatzansprüche geltend, über die in den bevorstehenden Verhandlungen auch zu sprechen sein wird.

— **Die heutigen Fragen in Genf.** Wie aus einer amtlichen Mitteilung des Währerbundescretariats über den gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen hervorgeht, haben die Abordnungen der beiden Länder eine Denkschrift überreicht, in der die noch offenen Streitfragen zusammengefaßt werden. Es handelt sich um folgende Punkte: 1. Die Liquidation des deutschen Besitzes und der deutschen Interessen in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens. 2. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Polen über die Anwendung des Artikels 256 des Versailler Friedensvertrages auf den polnischen Teil Oberschlesiens (Übergang des Besitzes des preußischen Staates und des Reiches an Polen). 3. Gewisse Fragen aus der Unterkommission 11 (Währungsrecht) und die Frage des Verblebs über Kreuzburg.

— **Der Kampf um das Arbeitszeitgesetz.** Im Reichsverkehrsministerium ist vor kurzem ein Arbeitszeitgesetz ausgearbeitet worden, worin befannlich die Arbeiterschaft einen Vorstoß gegen den Achttunderttag erzielte. Um die Bedenken der Arbeiter und insbesondere der Eisenbahner zu zerstreuen, fanden in der letzten Woche im Reichsverkehrsministerium eingehende Verhandlungen mit den Gewerkschaften statt. Hierbei erhob die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbauarbeiter entschiedenen Einspruch dagegen, daß schon jetzt, noch bevor das Parlament sich mit dem Gesetzentwurf beschäftigt habe, über besondere Bestimmungen verhandelt werde, und der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gab die offizielle Erklärung ab, daß die Gewerkschaften gegen jedes Sondergesetz energisch Einspruch erheben müssten. Auf Vorhalt der Regierung beschäftigten sich die Ordnungsräte unter sich noch einmal mit den schwierigen Fragen. Eine Einigung konnte bisher zwischen den Gewerkschaften nicht erzielt werden. Es wurde jedoch von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit betont, zwischen den Gewerkschaften und dem Ministerium einen Art Vertrag bis zum Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes zu schaffen, da bei der Eisenbahn bekanntlich die Fragen der Dienstzeit und der Dienstbereitschaft sehr ungeläufig sind und da, wie erinnerlich, eine Verordnung der Direktionspräsidenten in Mitteldeutschland zu einer Erregung unter der Erfurter Eisenbahnerschaft geführt hatte.

— **Das Ergebnis der Filmzensur.** Im Hauptrat des Reichstags wurde bei der Beratung über die Film-Oberprüfstelle ein Antrag des Reichstagsabgeordneten Schreiber (Btr.) angenommen, der eine Revision des Lichtspielgesetzes forderte. Staatssekretär Schulz führte aus, daß die Reaktion des Lichtspielgesetzes bereits erwogen werde. Was die Fristen anlangt, so seien 3555 Filme in einer Länge von zusammen 3,5 Millionen Metern in 420 Kammerzählungen geprüft worden. Im ganzen seien 90 Filme in einer Länge von 109 658 Metern, d. h. 2,5 v. H. der Filme verboten worden.

— **Neue Verbächtigungen gegen Hermes.** In den Meldungen verschiedener Blätter über den „Fall Hermes“ ist jetzt die Rede davon, daß Reichsminister Dr. Hermes dem Kierschen Winzerverein nicht nur Zuwendungen an Buder gemacht, sondern dem Verein auch aus besonderen Unterstützungsfonds Vorteile verschafft habe. Aus dem Reichsernährungsministerium wird mitgeteilt, daß die vorgenommene Untersuchung seinerseit Unhaltbarkeit für solche Behauptungen ergeben hat, und daß das Ernährungsministerium dem Winzerverein nie eine Unterstützung dieser oder andrer Art gewährt habe.

— Das österreichische Kabinett hat seinen Rücktritt erklärt, weil die Verhandlungen mit den Parteien wegen Bildung einer Arbeitsmehrheit in die Länge gezogen haben und im Hinblick auf die Flüssigmachung der Kredite eine Stärkung nicht länger aufgeschoben werden kann.

— Ein südosteuropäischer Regierungskurier wurde bei Überquerung der ungarischen Grenze seines Postfachs durch ungarische Gendarmen verhaftet. Der Zwischenfall hat in Belgrad Erregung hervorgerufen.

— Im Laufe des Jahres werden in den Vereinigten Staaten 32 Gouverneure, 32 Senatoren und das gesamte Repräsentantenhaus mit 435 Abgeordneten gewählt. Unter den Senatoren, die sich zur Wahl stellen müssen, befindet sich auch Dodge.

— **Graukreis: Graf Forza bei Miland.**

— Der neue italienische Botschafter für Frankreich, der frühere Außenminister Graf Forza, hat dem

Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Auf eine kurze Ansprache des neuen Botschafters erwiderte Millerand, daß er die Ankunft des Grafen Forza begrüßte. Wenn er habe mit ihm auf verschiedenen Konferenzen zusammengearbeitet, um entstandene Schwierigkeiten auf dem Wege zu räumen, Schwierigkeiten, die auch noch heute von ihrer Lösung weit entfernt seien. Die Berliner Forcas biete ihm die Gewähr dafür, daß die französische Regierung bei der gegenwärtigen Regierung Italiens das rechte Verständnis für ihre politischen Ziele und Bestrebungen finde werde.

### Die Lohnverhandlungen mit den Staatsarbeitern.

— Berlin, 14. März. Im Anschluß an die Neuverreglung der Beamtenbefriedung finden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Vertretern der Spartenorganisationen über die neuen ab 1. April 1922 zu gewährenden Löhne der in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter statt. Eine Einigung konnte bisher noch nicht erzielt werden.

### Die Revision im Hitlerprozeß verworfen.

— Leipzig, 14. März. Das Reichsgericht hat die Revision des früheren Gerichtsassessors und Oberleutnants Hans Hitler, der am 18. Dezember 1921 von Schwerergericht beim Landgericht I Berlin wegen Mißhandlung des verstorbenen Häftlings Helmholz zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt worden war, verworfen.

### Eine Kundgebung der deutschen Zeitungsverleger.

— Weimar, 14. März. Eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger, in der insgesamt 1827 deutsche Verleger und Herausgeber der Zeitungen aller Parteien vertreten waren, weist in einer Kundgebung auf die drohende Katastrophe im Zeitungsgewerbe und fordert streng Maßregeln dagegen, daß die deutsche Presse gebunden ausgesetzt wird einer grenzenlosen Preistreiberei im Monopolwirtschaft auf dem Gebiete des Holzes, der Kohle, aller Rohprodukte des Papieres. Eine scharfe Einschränkung der gesamten Betriebe erscheine unmöglich.

### Müllertriebabsichten Lord Curzon.

— London, 14. März. Im Unterhaus sind Gerüchte im Umlauf, daß der Außenminister Lord Curzon die Absicht habe, aus „Gesundheitsrücksichten“ zurückzutreten.

### Heftige Kämpfe in Südafrika.

— London, 14. März. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, ist im Randgebiet eine große Schlacht mit den aufständischen Bergleuten im Gange. Die Streitkräfte der Regierung sind im Griff, die Aufständischen einzuschließen. Benoni, Dundonald und andere Ortschaften wurden von den Regierungstruppen genommen.

### Amerika besteht auf seiner Forderung.

— Washington, 14. März. Wie in Regierungskreisen verlautet, beabsichtigt die amerikanische Regierung nicht, ihre Zustimmung zu einer Verteilung der deutschen Reparationszahlungen zu geben, ohne sich ihren Anteil daran zu sichern. Die jüngste Forderung an die auswärtigen Minister der Alliierten wurde nur erhoben, weil Berichte aus Europa anzeigen, daß die Alliierten nicht geneigt seien, auf die Vereinigten Staaten Rücksicht zu nehmen. Über die Regierung der Vereinigten Staaten ist willens, auf ihren Rechten auf Grund der Bedingungen des Waffenstillstandes zu beharren.

### Der englisch-italienische Reparationsplan.

— Paris, 14. März. Nach einer Meldung des „Chicago Tribune“ sieht der englisch-italienische Reparationsplan eine Teilung der deutschen Schuld in zwei Arten vor: der erste Teil, der als eine zuende Schuld anzusehen ist, entspricht dem Vertrag der alliierten Kriegsschulden; der zweite Teil, der Deutschland zur Last fällt und bei dessen Bezahlung bald erfolgen soll, ist die Wiederaufbau auf in Höhe von 40 Milliarden Goldmark, deren Bezahlung wie folgt erfolgen soll: 10 Milliarden Goldmark in Gold und 30 Milliarden Goldmark in Sachleistungen. Die 10 Milliarden Goldmark sollen innerhalb von fünf Jahren durch eine internationale Einleihe ausgebracht werden. Die ruhende Schuld von 65 Milliarden Goldmark soll nur auf Verlangen eines Gläubigers beglichen werden.

### Die Sowjetregierung fordert Zulassung zur Säuberungskonferenz.

— Paris, 14. März. Der russische Volkskommissar für Ernährung hat nach Paris und London einen Gutspruch gerichtet, worin die russische Regierung die Forderung stellt, an der Konferenz der alliierten Sachverständigen am 20. März in London offiziell vertreten zu sein, sonst könnten die russischen Hauptdelegierten nicht nach Genua reisen. Jemand welche Entscheidung über dieses Verlangen Russlands sei noch nicht getroffen.

### Börsenwirtschaft.

— Paris, 14. März. Nach einer Meldung des „Chicago Tribune“ sieht der englisch-italienische Reparationsplan eine Teilung der deutschen Schuld in zwei Arten vor: der erste Teil, der als eine zuende Schuld anzusehen ist, entspricht dem Vertrag der alliierten Kriegsschulden; der zweite Teil, der Deutschland zur Last fällt und bei dessen Bezahlung bald erfolgen soll, ist die Wiederaufbau auf in Höhe von 40 Milliarden Goldmark, deren Bezahlung wie folgt erfolgen soll: 10 Milliarden Goldmark in Gold und 30 Milliarden Goldmark in Sachleistungen. Die 10 Milliarden Goldmark sollen innerhalb von fünf Jahren durch eine internationale Einleihe ausgebracht werden. Die ruhende Schuld von 65 Milliarden Goldmark soll nur auf Verlangen eines Gläubigers beglichen werden.

— Die Sowjetregierung fordert Zulassung zur Säuberungskonferenz.

— Paris, 14. März. Der russische Volkskommissar für Ernährung hat nach Paris und London einen Gutspruch gerichtet, worin die russische Regierung die Forderung stellt, an der Konferenz der alliierten Sachverständigen am 20. März in London offiziell vertreten zu sein, sonst könnten die russischen Hauptdelegierten nicht nach Genua reisen. Jemand welche Entscheidung über dieses Verlangen Russlands sei noch nicht getroffen.

— Die Großbaudirektion des Statistischen Reichsamtes ist unter dem Einfluß der verschärften Warenverteilung und Marktdeckung von 8065 im Durchschnitt des Monats Januar auf 4103 im Durchschnitt des Monats Februar emporgeschossen. Die Preissteigerung ist allgemein und zwar liegen Getreide und Kartoffeln von 3368 auf 3775; Fette, Butter, Fleisch und Fisch von 3555 auf 3849; Kolonialwaren von 4819 auf 6130; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 3509 auf 3966; Fleische und Butter von 4666 auf 5761; Textilien von 5939 auf 6538; Metalle von 4313 auf 4489; Kohle und Eisen von 3307 auf 3887; Industriestoffe zusammen von 3966 auf 4377; die vorwiegend im Inland erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fette, Kohlen und Eisen) von 3383 auf 3763; die vorwiegend aus dem Aus-



Was für eine Idee? Sind Sie denn blind? Fühlen Sie nicht, daß Ruth nie einen anderen liebte — lieben kann als Sie?

Er wollte noch mehr sagen, aber Bernd machte eine gebieterisch abwehrende Bewegung und stand hastig auf.

Herr Doktor . . .

In diesem Augenblick wurde die Tür geöffnet und Ruth trat ein. Sie sah leichenblau und verächtlich aus.

Als sie Valentin erblickte, sagte sie mit seltsam rauh klingender Stimme: „Geb, Val. Man verlangt unten nach dir. Läßt uns allein!“

Mit einem verwunderten Blick in ihr erregtes Gesicht entfernte sich Valentin.

Bernd starrte sprachlos auf Ruth. Das Unerhörte, daß sie unaufgefordert sein Zimmer betrat, hatte ihn so überwältigt, daß er darüber ihre Erregung kaum bemerkte.

Ruth trat zu ihm, legte schüchtern ihre Hand auf seinen Arm und zog ihn neben sich auf ein Sofa nieder.

„Bernd“, sagte sie, und ihre Stimme klang nun unendlich weich und zärtlich, „ich muß dir eine Mitteilung machen . . . drüben in Wildenmark ist ein — ein Unglück geschehen . . .“

„In Wildenmark?“ wiederholte er mechanisch und sah nur ihr liebes, feines Gesicht mit den gentianenblauen Augen, die so bang und selbstvergessen auf ihm ruhten, die ganze, bisher streng verborgene Liebe vertratend, die ihre Seele erfüllte.

Ruth „o Ruth“, murmelte er zwischen Hosen und Westzung, „ist es möglich . . . ?“

Sie verstand seine Bewegung falsch. Sanft, als wisse sie den Schlag mildern, den sie ihm versetzen würde, nahm sie seine Hände in die ihren.

Lieber Bernd, erschrak nicht zu sehr . . . nimm es nicht zu schwer! Ich wollte, ich könnte es dir erzählen, aber . . .

Was ist geschehen?

Der Graf und die Gräfin sind tot. Man fand sie vor einer Stunde, als der Kammerdiener endlich wachte, mit Gewalt in seines Herrn Gemach einzudringen, beide leblos und fast in ihren Lehnstühlen sitzen, ein Schachbrett zwischen sich. Auf demselben lag ein Blatt Papier, worin beide miteinander, daß sie sich vergiftet hätten . . . aus Lebensüberdruck.“

Sie schwieg und wagte nicht, ihn anzusehen. Nur seine Hände streichelte sie leise. Er sollte fühlen, daß er wenigstens nicht allein war in dieser furchtbaren Stunde. Wenn sie ihm auch nichts galt — das eine sollte er doch empfinden, daß sie mit ihm litt, daß sein Leid auch ihr naheging.

Es war tötenwillig im Gemach. Die furchtbare Kunde hatte Bernd doch erschüttert. Die schone, strahlende Frau, die er vorgestern noch fröhlich plaudernd am Arm geführt — tot!

## Hafer kauft

zum höchsten Tagespreis

Louis Schmidt, Dippoldiswalde.

In nur guten Qualitäten:

Herren-Sommer-Joppen  
Blaudruck, Nessel, 88 und 160  
Zentimeter breit  
Hedwig König, Schmiedeberg,  
Neubau 125.

Ein tüchtiger  
Brettschneider  
und ein tüchtiger  
Hofarbeiter

Seine Dienste werden geliebt.  
Klappermühle Überhardsdorf.

Züchtige  
Tischler

Jugt sofort  
Alfred Brüdner,  
Schriftsteller, Graphischer Apparate,  
Rabenau 1. So.

Schnürse werden mit Maschine  
angestrichen bei  
Gern. Rothe, Herrengasse 98.

Achtung!

Große Vollen  
Herrenstoffe  
Konfirmantenstoffe  
Kostümstoffe

Und eingetroffen und werden  
zu noch günstigen Preisen zum  
Verkauf gebracht

Dippoldiswalde.  
Friedberger Str. 233. I. Etg.

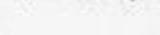


Grünen Cabilou, Seelachs grüne  
Soße, reich beprägte Soft-  
würstchen, 1. Ziel. Sjekat  
empfiehlt

Schlechters Käsehandlung.

!! Kommerzproß!!  
ein einfaches, wunderbares  
Mittel teile ich gern jedem  
Kostenlos mit.

Groß M. Polent,  
Goslar, R. 257. Telefon 106.



Special-Kuren b. d. Friseuren Joh. Hörl, Dippoldisw., Markt,  
Ernst Engelmann und Hugo Grawuch, Schmiedeberg.





